

12./X. 1918

96

Oesterreichischer Reichsrat.

Beendigung der politischen Debatte.

Wien, 11. Oktober.

Ein zutreffendes Bild vom Hause hat heute der Abgeordnete Kraft in seiner Rede entworfen. Er sprach von der Verzichtstimmung für das alte Oesterreich, die bei den Parteien herrsche, von dem Altersprozesse, der über die Volksvertretung gekommen zu sein scheine. Statt beschlossenen, wird kaum bestritten; es sehe wie ein Auseinanderfallen aus. Wichtig ist auch, was der Redner über die Politik der Deutschen gesagt hat. Sie wollten den Staat erhalten und keines der Völker, die mit ihnen leben, in seinen Rechten verletzten. Keines dieser Länder ist auch zu kurz gekommen. Nun aber sind auch die Deutschen zur Selbstbestimmung gekommen. Als Vorderung des weitläufigsten Teiles des deutschen Volkes in den Alpenländern bezeichnete er den bundesrechtlichen Anschluß an das Deutsche Reich, wie er auch früher unter unserer Dynastie bestanden hat. Gegen die ungarische Regierung erhob Abgeordneter Kraft den Vorwurf, daß sie während der ganzen Kriegszeit unser Ernährungsweisen gedrosselt und damit die Kriegsführung geschädigt habe, wie ihre Wirtschaftspolitik schon früher zu den Ferkeln mit den Balkanvölkern beigetragen habe. Die wirtschaftliche und finanzielle Absperrung sei beinahe schon durchgeführt und die Personalunion wäre nur die Anerkennung des bestehenden Verhältnisses.

Am Schlusse seiner Rede sprach Abgeordneter Kraft über die Zukunft Tirols und gab der Ansicht Ausdruck, daß die Bevölkerung mit Ausnahme von einigen italienischen Städten das Land einheitlich erhalten wissen wolle. Mehnlich äußerte sich der Abgeordnete Dr. Bugatto. Er sagte, daß sich die Italiener und Rumänen den Ründigungen an den Staat nicht angeschlossen hätten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jetzt hochgehenden Wellen sich glätten, daß der Desorganisation die Reorganisation folgen werde, da der Zug der Welt nach Zusammenfassung der Völker und nicht nach Teilung der Gebiete gehe. Es könne kein volles Selbstbestimmungsrecht, sondern nur ein Mitbestimmungsrecht geben, und nationale Aspirationen seien gewiß nicht das alleinige Prinzip der Staatenbildung. In Oesterreich sei genügend Möglichkeit vorhanden,

den, die Interessen der italienischen Bevölkerung zu schützen. Anders lauteten die Ausführungen des zweiten italienischen Redners, Abgeordneter Dr. Caffer. Er erklärte, daß seine Gesinnungsgenossen die Entscheidung über die Zukunft der italienischen Gebiete Oesterreichs vom Friedenskongresse erwarten, da sie nicht als innere Frage des Staates behandelt werden könne.

Abgeordneter Dr. Michajda begrüßte namens der Polen Schlesiens die Ideen Wilsons. Seine Ausführungen zeigten, daß es zwischen Polen und Tschechen noch zu Auseinandersetzungen um den Besitz Schlesiens kommen werde. Schlesien gehört nach tschechischer Auffassung zu den Ländern der böhmischen Krone. Aber ebenso wie innigst der Abgeordnete Londzin erklärte heute Dr. Michajda, daß die Polen Schlesiens mit dem polnischen Staate vereinigt werden wollten. Abgeordneter Witk verlangte, daß die Polen im Sinne der Note Wilsons die ukrainischen Gebiete Polens, Podlachiens, Wolhyniens und Ostgalizien sofort räumen; denn die polnische Macht dürfe sich nicht auf Gebiete einer fremden Nation erstrecken. Der Redner beschwerte sich über die Behandlung der Ukrainer durch die Polen und führte unter anderem an, daß den Bauern von den polnischen Großgrundbesitzern förmliche Kontributionen auferlegt werden. Abgeordneter Dr. Schacherl forderte die Einstellung des Prozesses gegen die 384 Matrosen vor dem Kriegsgerichte in Cattaro. Vom Abgeordneten Doktor Degasperri wurde der Prozeß gegen 37 verhaftete Italiener in Innsbruck zur Sprache gebracht. Landesverteidigungsminister Freiherr v. Czapp erklärte, daß er den Antrag stellen lassen werde, die Strafsache in die Zuständigkeit des Militärkommandanten von Wien zu überweisen.

Die politische Debatte ist heute beendet worden. In der nächsten Woche finden keine Sitzungen des Abgeordnetenhauses statt, weil die Delegationen ihre Beratungen wieder aufnehmen.

Abgeordnetenhaus.

(91. Sitzung. — Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Klärungsdebatte und dringliche Anfragen.

Abg. Witk (ukrainischer Sozialdemokrat) führt aus: Durch die bitteren Enttäuschungen der austro-polnischen Lösung haben die Ukrainer gelernt, sich selbst um ihr Schicksal zu kümmern. Obwohl die Ukrainer den Zentralmächten die Treue stets bewahrt, wurden sie hier wie Stiefkinder behandelt. Wegen ihrer Haltung erfreuen sich die Ukrainer auch bei der Entente und bei Wilson keiner Gunst. Nichtsdestoweniger werden die Ukrainer doch als freie Nation leben und als solche an die Toren der allgemeinen Friedenskonferenz pochen. Die Ukrainer verlangen, daß die Polen, der Note Wilsons folgend, die ukrainischen Gebiete Polens, Podlachiens, Wolhyniens und Ostgaliziens sofort räumen. (Lebhafte Zustimmung bei den Ukrainern.) Redner erinnert an die Behandlung der Ukrainer durch die Polen in Galizien unter der polnischen Autonomie und verweist auf die seither erfolgte Schaffung des selbständigen ukrainischen Staates auf Grund des Brest-Litowsker Vertrages. Trotzdem wissen die Polen ihre Macht gegenüber den Ukrainern mit Unterstützung der österreichischen Regierung und der Militärkommanden in Galizien zu mißbrauchen. Redner führt noch Beschwerde über die Behandlung der Ukrainer in Ungarn. Sie streben daher an, daß auch diese Gebiete mit dem übrigen ukrainischen Gebiet vereinigt werden. (Lebhafte Beifall bei den Ukrainern.)

Abg. Dr. Caffer (Italiener) gibt den Klagen der Italiener über deren Behandlung durch die Regierung Ausdruck. Er führt Beschwerde über die Behandlung der in Cattaro vor Gericht gestellten Matrosen in Untersuchungshaft. Die italienischen nationalliberalen Abgeordneten halten eine Erörterung der neu angekündigten Prinzipien der Regierung schon deshalb für überflüssig, weil sie seit Kriegsbeginn der Ueberzeugung sind, daß das Schicksal der Italiener nicht als eine interne Frage des Staates behandelt werden kann. (Beifall bei den Italienern.)

Abg. Dr. Schacherl (Sozialdemokrat) polemisiert gegen die Rede des Landesverteidigungsministers, der Einspruch gegen die Angriffe wider die Armee erhoben hat; eine neue Art von Zensur, gegen die man protestieren müsse. Mit der allgemeinen Wehrpflicht sei der demokratische Charakter der Armee auch schon erschöpft. Wenn man wirklich von Volkshoheit und Demokratie sprechen wolle, müsse man auch die Frage aufwerfen, wer über das Schicksal dieses Heeres entscheide. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen über Soldatenmißhandlungen, Ungleichheit der Verpflegung von Mannschaften und Offizieren erörtert Redner das Vorgehen der Militärgerichte mit besonderer Betonung des Cattarer Prozesses gegen meuternde Matrosen und die Mordtat des Hauptmannes Wolfgang gegen einen Zugführer. (Lebhafte Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bugatto (italienischliberal) bespricht die Ernährungsfrage mit besonderer Bezugnahme auf Görz und Gradiska. Bei Besprechung der politischen Lage gibt Redner dem Befriedigung Ausdruck, daß die Ideale, die jetzt angejagt werden, dem Programm seiner Partei vollkommen entsprechen. Die Grundlage des Programms seiner Partei bilde die religiöse Ueberzeugung, daß das Ideal des höheren Rechts vor der Gewalt Macht haben soll. Als katholische Partei können sie mit Freude konstatieren, daß die jetzige Aufheiterung des Horizonts ihren Anfang von dem Brief des Papstes vom 1. August 1917 nimmt. Die Italiener in Oesterreich, besonders die seiner Gruppe angehörigen, glauben, daß das Programm Wilsons durchführbar ist, ohne irgend jemandes Recht zu verletzen. Die italienische Bevölkerung wird immer die Pflicht und Aufgabe haben, mit ihren Nachbarn auszukommen. Die Minoritätenrechte, die wir beanspruchen, müssen gesichert werden. Wenn bisher ein staatsrechtlicher Schutz bestanden hat, so muß in Zukunft auf alle Fälle ein völkerrechtlicher internationaler Minoritätenschutz gesichert werden.

In diesem Hause hat man eine Reihe von Ründigungen an den Staat gehört und man muß sich fragen, wer die Stützen und Pfeiler des Staates eigentlich sind. Es ist nicht denkbar, daß der österreichische Völkerverband aufgelöst werde, um einer Reihe von Kleinstaatlein Blag zu machen, die sich beschden. Wenn die großen Staaten eine Vereinigung bilden, werden sich naturnotwendigerweise auch die kleinen Völker im Zentrum Europas wieder zusammenfinden müssen. Wir können nur mit Reid auf Deutschland blicken, das in der gegenwärtigen Zeit die Kraft aufgebracht hat, alle seine Volkenergien zu sammeln, wo die beiden größten Parteien eine gemeinsame Plattform gefunden haben, um den Völkern Interessen zum Durchbruch zu verhelfen. Wir können nicht fatalistisch darauf warten, was mit uns geschieht, wir müssen unsere eigene Existenz retten trachten. Das freiaulische Volk ist so brav und tüchtig, daß es alle Mißgeschicke und Schwierigkeiten überdauern wird. Es wird nicht untergehen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Abg. Kraft (deutschnational) bemerkt, im Hause herrsche eine Art Verzichtstimmung für das alte Oesterreich. Er könne sich zu diesem Gedanken nicht bequemen. Er fühle sich eins mit seinem großen Volke und sehe, daß nach diesem ungeheuren Kriege, aber auch nach dieser ungeheuren Betätigung von Kraft und Energie ein aufrechtes Volk hier steht, das nicht besiegt ist und alle Elemente in sich fühlt, um sein eigenes Leben zum Siege zu bringen. Wir wollten den Staat erhalten und keines der Völker, die mit uns leben, an seinen Rechten verkürzen. Keines ist zu kurz gekommen, keines hat an Schulen zu wenig, überall sind nationale Beamte in genügender Zahl und die Geschichte wird einst sagen müssen, daß die Deutschen ihre historische Betätigung auf diesem Boden gewiß nicht zum Nachteile der Völker gelbt haben, mit denen sie gelebt haben. Nun ist das aber vorbei. Auch wir sind nicht nur zur Selbstbestimmung gekommen, sondern auch zur Selbstbestimmung. Wir besitzen uns auf unsere eigene Kraft und wollen in diesem Oester-

reich ein ganzes einheitliches Staatsgebilde aufrichten. Auf keinen Fall lassen wir uns diese unsere Selbstbestimmung verkürzen oder verkümmern. Das deutsche Volk in den Alpenländern fordert in seinem weitläufigsten Teile wieder den bundesrechtlichen Anschluß an das Deutsche Reich. Es sind kaum fünfzig Jahre darüber verfloßen, daß dieser bundesrechtliche Anschluß unter unserer Dynastie geherrscht hat. Er verbürgt uns inmitten eines Siebzig-Millionen-Volkes unsere volle nationale und wirtschaftliche Kraft und Betätigung. Man sagt uns, Oesterreich sei kein lebensfähiges Gebilde. Redner verweist auf die Schweiz und legt dar, über wie große Naturschätze Oesterreich verfügt. Gegenüber den Bestrebungen, die in Ungarn die Personalunion verlangen, betont Redner, daß während des Krieges die Absperrung Ungarns bereits sich vollzogen habe. Die Trennung von Ungarn wird nicht schmerzlos vor sich gehen, aber wir werden den Schmerz zu ertragen wissen. In finanzieller Beziehung wird eine Auseinandersetzung kommen müssen. Die Gemeinsamkeit ist wichtig, solange wir als militärische Großmacht uns zu betätigen haben. Fällt dies weg, so wird uns an Ungarn nur mehr ein wirtschaftliches Band knüpfen, das wir in freier Selbstbestimmung besser gestalten können. Es dürfte kaum einem Ministerium, und wenn es mit Engagements reden würde, gelingen, die Völker heute wieder zusammenzubringen, die im Begriffe sind, eine reinliche Scheidung untereinander zu beginnen. Was uns eine Neubelebung bringen kann, ist vielleicht eine Gemeinschaft der Völker in diesem Hause: Bolschakow, Nationalräte, die mit der Regierung in Verbindung und in inniger Wechselwirkung stehen, können möglicherweise den Liquidationsprozeß nicht nur beschleunigen, sondern auch in eine Form bringen, die ein sonst drohendes Chaos verhütet.

Wir nähern uns offenbar dem Frieden. Es wird nicht lange dauern und es werden die Massen von den Fronten in die Länder zurückkehren. Es ist von der größten Wichtigkeit, dafür zu sorgen, daß dies in geordneter Weise sich vollzieht. Lange Sorge begleite nun die Bevölkerung Tirols, die nicht wisse, was aus dem Lande werden soll. Nach dem Rechte der Selbstbestimmung der Völker soll Tirol zerrissen werden, das aber die Bevölkerung mit Ausnahme von einigen Städten italienischer Junge einheitlich erhalten wissen will.

Abg. Dr. Conci: Das ist nicht richtig!

Abg. Kraft: Das, was die Italiener als Trentino bezeichnen, ist alter deutscher Besitz. (Widerspruch bei den Italienern.) Redner spricht seine Ueberzeugung aus, daß auch die ladinische Bevölkerung nicht mit den Italienern gehen werde. Oesterreich und seine Völker stehen vor einer Schicksalsfrage, ob aus diesem Reich ein neues Oesterreich werden soll. Mag das alte Oesterreich zerfallen, es wird vielleicht ein neues Oesterreich entstehen — neues Leben blüht aus den Ruinen. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft und der Gegenstand erledigt.

Der Militärprozeß in Innsbruck.

Abg. Degasperri überreicht eine dringliche Anfrage, betreffend den in Innsbruck gegen Italiener anhängigen Militärprozeß; es wird die Anfrage gestellt, ob die Regierung geneigt sei, dem Parlament über den Stand des Prozesses und über die Anschuldigungen, welche gegen die Verhafteten erhoben werden, ehestens Bericht zu erstatten.

Das Haus erkennt der Anfrage die Dringlichkeit zu; die Anfrage wird sofort in Verhandlung gezogen und vom Abg. Dr. Degasperri begründet.

Minister für Landesverteidigung FML. Freiherr v. Czapp: Ich habe vor einigen Tagen angeordnet, daß der Untersuchungsakt mir vorgelegt werde. Nach seinem Einlangen werde ich ihn sofort dem Obersten Landwehrgeschichtshofe zur Erledigung einer dort anhängigen Haftbeschwerde übergeben und gleichzeitig bei diesem Gerichtshofe den Antrag stellen lassen, die Strafsache in die Zuständigkeit des Militärkommandanten in Wien zu überweisen.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag den 22. d. 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: Bericht des Budgetausschusses, betreffend ein Darlehen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank; Bericht des Finanzausschusses über die Schaumwein-, Wein-, Kohlen- und Zuckersteuer; Bericht des Unterrichtsausschusses, betreffend die Bezirksschulinspektoren; Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Seimarbeit.